

Satzung der Forstbetriebsgemeinschaft Harz-Leine

Die Forstbetriebsgemeinschaft Harz-Leine ist eine Forstbetriebsgemeinschaft im Sinne des § 16 des Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft – Bundeswaldgesetz (BWaldG) – vom 02.05.1975, BGBl. I S. 1037) in Verbindung mit § 22 BGB.

§ 1

Name, Sitz, Rechtsform

- (1) Die Forstbetriebsgemeinschaft führt den Namen „FBG Harz-Leine“.
- (2) Sie hat ihren Sitz in 37434 Obernfeld.
- (3) Die FBG Harz-Leine ist ein rechtsfähiger Verein mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb und erlangt die Rechtsfähigkeit durch Verleihung gem. § 19 BWaldG in Verbindung mit § 22 BGB. Sie ist eine anerkannte Forstbetriebsgemeinschaft nach §§ 16, 17 und 18 BWaldG.

§ 2

Zweck und Aufgaben

- (1) Die Forstbetriebsgemeinschaft hat den Zweck, die Bewirtschaftung der angeschlossenen Waldflächen und der zur Aufforstung bestimmten Grundstücke (Ödland und Grenzertragsböden) zu verbessern und die Wirkungen des Waldes für Landeskultur und Volkserholung zu erhöhen.
- (2) Die Forstbetriebsgemeinschaft hat insbesondere folgende Einzelaufgaben:
 - a) Beratung der Mitglieder in allen forstwirtschaftlichen Angelegenheiten.
 - b) Abstimmung der für die forstwirtschaftliche Erzeugung wesentlichen Vorhaben und Absatz des Holzes oder sonstiger Forstprodukte.
 - c) Ausführung der Forstkulturen, Bodenverbesserung und Bestandespflegearbeiten einschließlich des Forstschutzes.
 - d) Bau und Unterhaltung von Wegen.
 - e) Durchführung des Holzeinschlages, der Holzaufarbeitung und der Holzbringung. Beschaffung und Einsatz von Maschinen und Geräten zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben.
 - f) Weiterbildung der Mitglieder
- (3) Zur Durchführung der satzungsmäßigen Zwecke und Aufgaben beauftragt die Forstbetriebsgemeinschaft genügend ausgebildete und befähigte Fachkräfte oder Dienstleister. Sie kann auch Fachkräfte zur Erledigung dieser Aufgaben einstellen.
- (4) Die Forstbetriebsgemeinschaft darf beim Holzverkauf nur als Vermittler, nicht als Eigenhändler oder Kommissionär auftreten.

§ 3 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft in der Forstbetriebsgemeinschaft kann jeder Eigentümer oder Nutzungsberechtigter eines Forstgrundstückes erwerben, soweit dieses im Bereich des Zusammenschlusses liegt. Auch juristische Personen können Mitglied werden. Die Aufnahme ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Über den Antrag entscheidet der Vorstand. Lehnt der Vorstand die Aufnahme ab, kann der Betroffene die Entscheidung der Mitgliederversammlung beantragen.
- (2) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Auflösung oder Tod.
- (3) Die Dauer der Mitgliedschaft beträgt mindestens drei volle Geschäftsjahre. Der Austritt ist erst nach einer Kündigung möglich. Die Kündigung kann nur mit einer Frist von 2 Jahren bis zum Ende des Geschäftsjahres ausgesprochen werden und ist spätestens bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres dem Vorstand schriftlich zu erklären. Ausnahmen von der Kündigungsfrist beschließt der Vorstand.
- (4) Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung, wobei das betroffene Mitglied nicht stimmberechtigt ist. Dem betroffenen Mitglied muss vor Beschlussfassung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Jedes Mitglied hat das Recht,
 - a) an den Mitgliederversammlungen stimmberechtigt teilzunehmen.
 - b) alle Einrichtungen der FBG zu nutzen und alle Vorteile, die der Zusammenschluss seinen Mitgliedern bietet, in Anspruch zu nehmen.
- (2) Jedes Mitglied hat die Pflicht
 - a) die Zwecke der Forstbetriebsgemeinschaft zu fördern und alles zu unterlassen, was den Belangen der Forstbetriebsgemeinschaft abträglich ist,
 - b) den Bestimmungen der Satzung und den Beschlüssen der Mitgliederversammlung nachzukommen sowie die beschlossenen Mitgliedsbeiträge und festgesetzten Gebühren pünktlich zu zahlen,
 - c) den Einkauf des benötigten Forstpflanzenmaterials durch die Forstbetriebsgemeinschaft vermitteln zu lassen,
 - d) das in seinem Wald eingeschlagene oder zum Einschlag vorgesehene Holz durch die Forstbetriebsgemeinschaft zum Verkauf anbieten zu lassen (allgemeine Andienungspflicht). Über Ausnahmen beschließt die Mitgliederversammlung.

§ 6 Strafen

- (1) Bei einem schuldhaften Verstoß gegen wesentliche Mitgliedschaftspflichten kann eine Vertragsstrafe bis zur Höhe von 5.000,00 € verhängt werden. Dem Betroffenen muss vor der Beschlussfassung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.
- (2) Bei Verletzung der allgemeinen Andienungspflicht werden die Holzverkaufsvermittlungsgebühr und die Holzverkaufsprovision, neben einer eventuellen Vertragsstrafe nach § 6, trotzdem fällig.

§ 7 Organe der Forstbetriebsgemeinschaft

Die Organe der Forstbetriebsgemeinschaft sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 8 Mitgliederversammlung Aufgaben

- (1) Die Mitgliederversammlung regelt alle Angelegenheiten der Forstbetriebsgemeinschaft durch Beschluss, soweit die Regelung nicht ausdrücklich dem Vorstand vorbehalten ist. Die Mitgliederversammlung beschließt im Besonderen über:
 - a) die Änderung und Ergänzung der Satzung,
 - b) die Wahl und Abberufung des Vorstandes,
 - c) die Entlastung für Vorstand und Geschäftsführung,
 - d) den Haushaltsplan und die Höhe der Jahresbeiträge u. Gebühren,
 - e) die Wahl der Rechnungsprüfer,
 - f) die Genehmigungen von Entscheidungen, die der Vorstand aufgrund der Ermächtigung nach § 12 Abs. 1, g) getroffen hat,
 - g) den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und die Aufnahme von Darlehen, soweit der Vorstand nicht dazu befugt ist,
 - h) über Ausnahmen von der Andienungspflicht (§ 5, Abs. 2 d),
 - i) die Verhängung von Strafen (§ 6),
 - j) den Ausschluss von Mitgliedern (§ 4, Abs. 4),
 - k) forstwirtschaftliche Maßnahmen, die im gemeinsamen Interesse der Mitglieder der Forstbetriebsgemeinschaft liegen (§ 2 Abs. d u. e).

§ 9 Mitgliederversammlung Einberufung und Stimmrecht

- (1) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand durch schriftliche Benachrichtigung sämtlicher Mitglieder mit einer Frist von mindestens zwei Wochen einberufen. Bei der Einberufung ist die Tagesordnung mitzuteilen. Die Einberufung der Mitgliederversammlung kann, mit Einverständnis des Mitgliedes, ebenfalls per E-Mail oder per Telefax erfolgen.

- (2) Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Sie ist beschlussfähig, wenn sie satzungsgemäß einberufen ist, jedoch nur über die in der Tagesordnung mitgeteilten Punkte.
- (3) Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Beschlüsse zu § 8 Ziff. a, h u. k bedürfen der 2/3 Mehrheit der erschienenen Stimmberechtigten. Jedes Mitglied hat eine Stimme.
- (4) Über jede Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu führen. Es ist von der Mitgliederversammlung zu genehmigen und vom Vorsitzenden, dem Schriftführer und einem Mitglied zu unterschreiben.

§ 10

Der Vorstand

Zusammensetzung, Geschäftsführung und Vertretungsbefugnis

- (1) Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und bis zu drei weiteren Vorstandsmitgliedern.
- (2) Die Mitglieder des Vorstandes werden auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Ersatzwahlen erfolgen für den Rest der Amtsperiode.
- (3) Der Vorstand ist für die Tätigkeit der Forstbetriebsgemeinschaft und für die Geschäftsführung verantwortlich. Er hat die Pflicht, über die Erfüllung der Aufgaben der Forstbetriebsgemeinschaft zu wachen.
- (4) Die Forstbetriebsgemeinschaft wird im Sinne des § 26 BGB vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter vertreten. Sie haben Alleinvertretungsbefugnis. Sind beide verhindert, kann die FBG auch durch zwei weitere Vorstandsmitglieder gemeinsam wirksam vertreten werden.
- (5) Die vertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder sind der Behörde mitzuteilen, die für die Verleihung der Rechtsfähigkeit zuständig ist. Sie sind außerdem in dem Mitteilungsblatt öffentlich bekanntzugeben, das für amtliche Bekanntmachung des für den Sitz der Forstbetriebsgemeinschaft zuständigen Amtsgerichtes bestimmt ist.

§ 11

Der Vorstand

Einberufung, Beschlussfassung und Vergütung

- (1) Der Vorstand wird vom Vorsitzenden oder durch seinen Stellvertreter schriftlich oder mündlich einberufen. Er ist einzuberufen, wenn 2 Mitglieder des Vorstandes dieses verlangen. Die Einladung soll nach Möglichkeit schriftlich unter Einhaltung einer Frist von 1 Woche mit Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgen, sofern nicht dringende Angelegenheiten eine andere Regelung erfordern. Die Einberufung des Vorstandes kann ebenfalls telefonisch, per E-Mail oder per Telefax erfolgen.

- (2) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende, bei seiner Abwesenheit der Stellvertreter. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter anwesend ist.
- (3) Der Vorstand versieht sein Amt grundsätzlich ehrenamtlich (unentgeltlich). Der Vorsitzende oder Vorstandsmitglieder mit besonderen Aufgaben erhalten für ihre Tätigkeit eine pauschale oder zeitbezogene Vergütung, deren Höhe durch die Mitgliederversammlung bestimmt wird. Auslagen und Kosten werden allen Vorstandsmitgliedern in Höhe der steuerlichen Werte auf Nachweis erstattet.
- (4) Über jede Vorstandssitzung ist ein Protokoll zu führen, das von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterschreiben ist.

§ 12 Der Vorstand Aufgaben

- (1) Der Vorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Aufstellung von Arbeitsrichtlinien für die Forstbetriebsgemeinschaft, Art und Umfang der durchzuführenden forstlichen Maßnahmen sowie gemeinsame Verkaufsregeln,
 - b) Einstellung und Entlassung von Beschäftigten sowie Vertragsabschlüsse und –auflösung mit Dienstleistern,
 - c) Überwachung der Tätigkeit der Angestellten, Arbeiter und Dienstleister,
 - d) Bei Bedarf Bestellung eines Geschäftsführers oder Geschäftsbesorgers, dem die Erledigung satzungsgemäßer Aufgaben übertragen werden können.
 - e) Aufstellung des Haushaltsplanes,
 - f) Erstattung des Tätigkeitsberichtes und der Rechnungslegung für das abgelaufene Geschäftsjahr und Vorlage einer Aufstellung über das Vermögen gegenüber der Mitgliederversammlung, sowie Bericht über Änderungen im Mitgliederstand,
 - g) Regelung von Angelegenheiten der Mitgliederversammlung, die so dringend sind, dass die Einberufung der Mitgliederversammlung nicht abgewartet werden kann; solche Angelegenheiten sind der nächsten-Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorzutragen
- (2) Der Vorstand kann bei Bedarf ein Darlehen bis in Höhe von 15.000,00 € (fünfzehntausend) aufnehmen.

§ 13 Finanzierung der Aufgaben

- (1) Die Forstbetriebsgemeinschaft erhebt zur Finanzierung ihrer Aufgaben Mitgliedsbeiträge und Gebühren für einzelne Dienstleistungen.
- (2) Art und Höhe der Gebühren sind in einem Gebührenverzeichnis festzulegen. Das Vermögen der Forstbetriebsgemeinschaft darf nur für Zwecke der Forstbetriebsgemeinschaft verwandt werden.

- (3) Die Mitglieder haben entsprechend der Größe der Beitragsfläche Anteil am Vereinsvermögen.
- (4) Mit Ausschluss oder Austritt aus der Forstbetriebsgemeinschaft entfällt jeglicher Anspruch auf das Vereinsvermögen. Die Mitgliederversammlung kann hiervon Ausnahmen beschließen.

§ 14

Die Auflösung der Forstbetriebsgemeinschaft

Die Forstbetriebsgemeinschaft kann nur mit einer Stimmenmehrheit von 3/4 aller Stimmberechtigten in einer ordnungsmäßig einberufenen Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, genügt die Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen der erschienenen Mitglieder einer zu dem gleichen Zweck einberufenen weiteren Mitgliederversammlung. Die 2. Mitgliederversammlung kann frühestens einen Monat nach Abhaltung der Ersten stattfinden. Bei der Beschlussfassung über die Auflösung der Forstbetriebsgemeinschaft ist gleichzeitig ein Beschluss über die Verwendung des vorhandenen Vermögens zu fassen.

§ 15

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung wurde in der oben stehenden Fassung von der Mitgliederversammlung am 12.06.2014 beschlossen. Sie ersetzt die Satzung in der genehmigten Fassung vom 18.02.2011.
- (2) Sollte eine Bestimmung dieser Satzung nichtig, ungültig oder unwirksam sein oder der Verleihung der Rechtsfähigkeit bzw. der Anerkennung nach dem Bundeswaldgesetz entgegenstehen, so werden Gültigkeit und Wirksamkeit dieser Satzung im Übrigen nicht berührt. Der Vorstand ist ermächtigt, die entgegenstehende Satzungsbestimmung durch eine gültige, wirksame sowie die Verleihung der Rechtsfähigkeit bzw. die Anerkennung nach dem Bundeswaldgesetz ermöglichende Bestimmung unter Beachtung des Vereinszwecks zu ersetzen.